

# Die Linke greift Schnegg frontal an

*Der umstrittene Gesundheits- und Fürsorgedirektor steht im Zentrum des Berner Wahlkampfs*

Mit einem Unbekannten aus dem Berner Jura möchte die Linke die Mehrheit im Regierungsrat zurückholen. Das dürfte ihr kaum gelingen. SVP-Politiker Pierre Alain Schnegg sitzt trotz Kritik fest im Sattel.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Er sei der neue Staatsfeind Nummer eins, schrieb die NZZ vergangenen Dezember: der bernjurassische SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg. Mit Kürzungen der Sozialleistungen habe er sich in der ganzen Schweiz Feinde gemacht. Nun stehen im zweitgrössten Kanton des Landes Wahlen an. Am 25. März werden sowohl das Parlament als auch die siebenköpfige Regierung neu bestellt. Entsprechend lautet das oberste Ziel für Rot und Grün: «Schnegg muss weg!»

## Reformen im Schnellzugtempo

Erst vor knapp zwei Jahren war es den Bürgerlichen mit dem Sieg des SVP-Mannes gelungen, die langersehnte politische Wende im Kanton Bern herbeizuführen. Seither tickt sowohl die Exekutive als auch die Legislative wieder bürgerlich. Über Blockaden schimpft niemand mehr, und von Stillstand kann erst recht keine Rede mehr sein. Im Schnellzugtempo hat Schnegg Reformen in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion, die er von seinem Vorgänger Philippe Perrenoud (sp.) übernommen

hatte, angepackt und festgefahrene Strukturen beseitigt – ohne Rücksicht auf Verluste.

Mit Christophe Gagnebin (sp.) will die Linke den von Schnegg besetzten «Jura-Sitz» (siehe Zusatz) nun frontal angreifen und die rot-grüne Mehrheit in der Regierung zurückerobern. Es gilt allerdings als unwahrscheinlich, dass Gagnebin sich durchsetzt, zumal der Lehrer und ehemalige Grossrat auch noch Konkurrenz aus den eigenen Reihen erhält: Die Regierungsratskandidatur der Autonomistin Maurane Riesen (PSA) könnte ihm Stimmen im Berner Jura kosten. Die Linke macht mehr oder weniger gute Miene zum bösen Spiel: Riesen könnte eine zusätzliche Wählerschaft mobilisieren, heisst es. Die 26-Jährige, für die der problematische Gagnebin ein rotes Tuch ist, ist allerdings nicht Teil des rot-grünen Tickets. Hinter vorgehaltener Hand fragt man sich auch, welches Interesse die Gemeinde Moutier, die letztes Jahr für einen Wechsel zum Kanton Jura gestimmt hatte, an den Berner Wahlen überhaupt noch habe.

Neben Gagnebin gehören dem rot-grünen Ticket die grüne Nationalrätin Christine Häslar an, die für den abtretenden Bildungsdirektor Bernhard Pulver ins Rennen steigt, sowie die bisherige Verkehrsdirektorin Barbara Egger-Jenzer (sp.) und Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (sp.). Das bürgerliche Viererticket setzt sich neben Schnegg aus der amtierenden Finanzdirektorin Beatrice Simon (bdp.) und dem Justizdirektor Christoph Neuhaus (svp.) sowie dem kantonalen FDP-Chef und Grossrat Philippe Müller zusam-



**Pierre Alain Schnegg**  
Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektor

men. Dieser soll den abtretenden Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (fdp.) beerben. Einen aggressiven Angriff haben die Bürgerlichen heuer nicht gewagt, nachdem sie sich 2006 verzettelt und ihre Mehrheit schliesslich für zehn Jahre an Rot-Grün verloren hatten.

## Bürgerliche Rückendeckung

Der moderate Kurs der Linken ist aber längst wieder passé. «Schnegg hat Bern mit seiner Politik zum unsozialsten Kanton der Schweiz gemacht», kritisiert die kantonale SP-Präsidentin Ursula Marti. Praktisch im Alleingang habe er die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) festgelegten Richtlinien, die definierten, wie die Sozialhilfe berechnet werde, unterschritten. Elisabeth Striffeler, Fraktionschefin der Berner SP, moniert zudem: «Man kann einen Kanton nicht wie ein Unternehmen führen.» Es gebe in einer Gesellschaft Arme, Kranke und Behinderte, die sich nicht einfach wegsparen liessen. Die Linke will sich mit Referenden wehren – und ist überzeugt: Schnegg hat sich mit seiner «unmenschlichen Abbaupolitik» Feinde bis weit ins bürgerliche Lager gemacht.

Dort sucht man allerdings vergeblich nach kritischen Stimmen. «Die Linke versucht nun, alles Böse mit Schnegg in Verbindung zu bringen», kontert der kantonale FDP-Fraktionschef Adrian Haas. Doch Schnegg habe lediglich Parlamentsbeschlüsse umgesetzt. Er sei also für die Entlastungsmassnahmen weder alleine verantwortlich, noch gehe es hier um eine «radikale Abbaupolitik». Selbst sein unternehmerischer Politstil wird grundsätzlich positiv beurteilt: Er sei ein «Macher», der hinschaue, findet die Berner BDP-Fraktionschefin Anita Luginbühl. Und auch die kantonale GLP-Fraktionschefin Franziska Schöni-Affolter sagt: «Schnegg macht Nägel mit Köpfen.» Sie räumt allerdings ein, dass seine Art zu sparen manchmal etwas «Haudenhaftes» habe.

Gemäss Wahlprogramm der Bürgerlichen soll es in derselben Richtung weitergehen. Sie sehen das Heil des Kantons auch künftig im Sparen und in einer Senkung der Steuern für Mensch und Unternehmen. Auch möchten sie freiheitliche Bau- und Energievorschriften, eine moderne Gesundheitsversorgung und ein funktionierendes Bildungssystem durchsetzen. «Sparen ist kein politisches Programm», findet hingegen die kantonale Grünen-Präsidentin Natalie Imboden. Die Linke setzt auf Investitionen in wertschöpfungsstarke Branchen wie die Medizintechnik, aber auch in Bildung oder den öffentlichen Verkehr. «Die Wirtschaft soll über Investitionen gestärkt werden», sagt die kantonale Parteichefin. «Die Randregionen müssen begreifen, dass der Kanton ein starkes Zentrum braucht, um kompetitiv zu bleiben.»

Das finanzielle Malaise des Kantons, das auch die hohen Bezüge aus dem nationalen Finanzausgleich widerspiegelt, kann auch die Linke nicht wég-diskutieren. Die zukünftige Regierung einer noch undefinierten Farbe hat weiterhin die Aufgabe, tiefgreifende Strukturprobleme zu lösen. Christine Schnegg, Fraktionspräsidentin der Berner EVP, die mit Pierre Alain Schnegg lediglich den Nachnamen gemein hat, sagt: «Was der Regierung fehlt – in welcher Zusammensetzung auch immer –, ist eine strategische Vision, wohin der Kanton will.» Die Direktionen würden jeweils nur bis zu ihren eigenen Grenzen denken. Vorwärts bringe das niemanden.

## Der «Jura-Sitz»

Ein Sitz im Berner Regierungsrat ist laut der Kantonsverfassung dem französischsprachigen Berner Jura vorbehalten. Für diesen gilt ein spezielles Wahlverfahren: Die Stimmen aus dem Berner Jura werden mit jenen aus dem Gesamtkanton multipliziert. Aus dem Ergebnis wird dann die Wurzel gezogen, damit die Zahl nicht übermässig gross wird. Mit diesem sogenannten geometrischen Mittel erhalten die Stimmen aus dem Berner Jura im Vergleich zu jenen aus dem deutschsprachigen Kantonsteil mehr Gewicht. So soll garantiert werden, dass der gewählte Bernjurassier auch wirklich jene Person ist, welche die Bevölkerung des Berner Jura am besten repräsentiert. Für die politischen Mehrheiten in der Exekutive ist er matchentscheidend.